

Anschwellende Empörung

An den eigentlichen Gründen für die AfD-Wahlerfolge im Osten wird vorbeigeredet

Dieter Stein

Eine schallende Ohrfeige für regierende Politiker ist der Sieg der AfD bei den jüngsten Landtagswahlen. Wut, Entsetzen und Ratlosigkeit lösen die Erdrutschergebnisse bei politischen Gegnern und Beobachtern in den Medien aus. Mit über 27 Prozent in Sachsen und 23 Prozent in Brandenburg fuhr die erst sechs Jahre junge Partei neue Rekorde ein und wurde zweitstärkste Kraft.

Nun ist wieder von „abgehängten Regionen“ die Rede, vom mangelnden Respekt vor „Ostbiographien“, die SPD glaubt ernsthaft mit einer „Grundrente“ Bürger wieder ruhigstellen zu können. Der BDI, der eben noch vor der Wahl der AfD warnte, will zur Belohnung im Osten mehr Geld „in die Infrastruktur“ pumpen, „die Menschen und Unternehmen voranbring“.

Als ob es um Geld ginge. Wie kann man nur über diese Wahl sprechen, ohne die elementare Erschütterung in den Blick zu nehmen, die die Grenzöffnung 2015 besonders im Osten auslöste? Daß die Sicherung der Staatsgrenze und eine unkontrollierte illegale Masseneinwanderung an die Frage nationaler Identität rührt. Die Ignoranz gegenüber dieser Erschütterung gründet in einer Aversion, die dreißig Jahre zurückreicht.

Bei den Massendemonstrationen der DDR-Opposition im Oktober 1989 lautete der zentrale Ruf: „Wir sind das Volk!“ Nach dem Mauerfall am 9. November 1989 lautete er plötzlich von Leipzig bis Ost-Berlin: „Wir sind Volk“ – in Kombination mit der skandierten Forderung „Deutschland einig Vaterland“. Die CDU unter Helmut Kohl und Lothar de Maizière setzte sich damals an die Spitze der Mehrheit, die eine Wiedervereinigung forderte – und keine reformierte DDR eines „dritten Weges“, wie es linke Bürgerrechtsgruppen oder die SED/PDS wollten. Mit einer „Allianz für Deutschland“ gewann de Maizière 1990 die erste freie Volkskammerwahl – nicht nur der Name erinnert zufällig an die AfD.

Damals rümpften Intellektuelle die Nase über das aufkommende Grundgefühl aus Sehnsucht nach demokratischer Freiheit und nationaler Einheit. Ein neuer Nationalismus sei im Entstehen, das „vierte Reich“ drohe. „Wir sind ein Volk“ beantworteten Linksradikale (von Konkret bis zur taz) mit „Nie wieder Deutschland“-Demonstrationen. Der westdeutschen politisch-medialen Klasse, die sich in einer postnationalen Ära wähnte, war die Forderung nach Wiedervereinigung suspekt, es war ein unerwünschtes Danaergeschenk, das die „Ossis“ da plötzlich anboten. Rudolf Augstein, der im Spiegel eine Lanze für die Einheit brach, wurde als Nationalist beschimpft.

Der Schriftsteller Bernhard Schlink beschrieb in der FAZ kürzlich das Motiv für das Anschwellen der Empörung, das entscheidend zum Aufstieg der AfD beiträgt. Umfragen zeigten, so Schlink, daß zwei Drittel der Bürger überzeugt seien, man müsse heute aufpassen, zu „welchen Themen man welche Meinungen äußert“. Dazu gehöre insbesondere im Osten das

Bekenntnis „zu Nation, deutscher Kultur und homogener Bevölkerung“. Der gesellschaftliche und politische Mainstream sei enger, „moralisch rigider“ geworden, insbesondere abweichende rechte, konservative Stimmen kämen nicht mehr ausreichend zu Wort.

Peter Altmaier, CDU-Wirtschaftsminister und Merkel-Adept, widersprach Schlink in einem Gegenaufsatz. Der Mainstream sei nicht enger, sondern „ausgewogener und umfassender als je zuvor“, man könne sich heute zu allem „öffentlich und gefahrlos positionieren“, unsere Gesellschaft sei „lässiger, toleranter und entspannter“ geworden. Eine Nachwahlbefragung in Sachsen ergab nun, daß 98 Prozent der AfD-, aber auch 50 Prozent der Grünen-Wähler meinten, „bei bestimmten Themen wird man heute ausgegrenzt, wenn man seine Meinung sagt“. Eine Realität, auf die die Nomenklatur der Altmaier-CDU jetzt schmerzhaft gestoßen wird.

Der Erfolg der AfD ist außergewöhnlich, weil er gegen eine fast geschlossene gesellschaftliche Abwehrfront errungen wurde. Gerade im Osten haben Bürger, die Erfahrung der DDR im Gedächtnis, ein feines Sensorium für Meinungslenkung, Zusammenrotten gegen Andersdenkende, flächendeckende Attacken der Antifa gegen die AfD, das Kollektiv-Mobbing in den Medien.

Immer mehr Bürger haben es deshalb besonders im Osten satt, einem betreuten Denken zu folgen, sich von oben vorschreiben zu lassen, was eine demokratische Wahl bedeutet. Dazu gehört auch, daß die SED-Erben, die sich nie vollständig von der totalitären Ideologie des marxistischen Sozialismus distanziert haben, zu den „demokratischen Parteien“ zählen sollen, die AfD aber nicht.

Mit der totalen Absage an die AfD verstärkt die CDU diesen Effekt. Sie begibt sich zudem in eine strategische Geiselhaft der Grünen. Speziell in Sachsen gibt es eine klare nicht-linke Mehrheit: CDU und AfD stellen im Landtag fast 70 Prozent der Mandate. Durch die einseitige Festlegung können die Grünen nun der CDU beliebig Zugeständnisse abpressen.

Wenn die AfD jetzt den politischen Gegnern nicht den Gefallen tut, sich zu radikalieren und das verzerrte Bild anzunehmen, das von ihr medial gezeichnet wird, sondern künftig auch stärker in die Mitte integriert, dann wird sie die ehemals großen Parteien weiter vor sich hertreiben können. Der Ausschluß der schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden Doris von Sayn-Wittgenstein ist ein wichtiges Signal politischer Seriosität. Daß Alexander Gauland die AfD demonstrativ als „bürgerlich“ bezeichnet, soll eine Botschaft nach außen, vor allem aber wohl nach innen zu sein.

Die sprunghaft gestiegene Wahlbeteiligung zeigt: Mit der AfD ist die parteipolitische Landschaft lebendiger geworden – Konkurrenz belebt das Geschäft und animiert die Bürger, zu wählen. Es wäre jetzt Aufgabe der Gesellschaft, vorneweg der Medien, diese Botschaft der Wähler zu verstehen und endlich für eine breitere, offenere und fairere Debatte zu sorgen.

Verzockt, aber nicht verloren

Matteo Salvini: Warum sein herbeigeführtes Koalitions-Aus nicht das Ende bedeutet

Marco F. Gallina

Die Philosophin Chantal Delsol mahnte jüngst an, daß die heutigen Europäer kein Dilemma mehr kennen würden. Seit der Aufklärung verflachten menschliche Konflikte zu reinen Dramen. Das heißt: Der Held wird mit einer Situation konfrontiert, für die es eine vernünftige Lösung gibt. Komplexe Probleme wie die Migrationsfrage kennen angeblich „eine richtige Antwort“, obwohl in Wirklichkeit – wie beim antiken Dilemma um Antigone oder Ödipus – nur Optionen mit sowohl positiven wie negativen Konsequenzen existieren.

Der Fall Matteo Salvini ist ein solches Dilemma. Ähnlich wie bei der Migrationsfrage, die Delsol als komplexes Ringen von staatlicher Dauerhaftigkeit und Moralismus darstellt, befand sich der italienische Innenminister in einer Situation, in der es keinen Königsweg gab. Der – nicht unrichtige – Vorwurf, Salvini habe sich „verzockt“, unterstellt, es hätte in diesem Drama eine Lösung gegeben wie bei Lessings „Nathan“. Daß Salvinis Entscheidung nicht bloßer Hybris entsprang, zeigt die Gegenfrage, was Salvini denn sonst hätte tun sollen: die Koalition fortsetzen? Die Koalition später platzen lassen? Und wenn ja: zu welchem Zeitpunkt? Und warum hätte diese Gelegenheit besser sein sollen?

Aus Salvinis Perspektive bot der August die optimale Gelegenheit. Seine Lega erreichte in den Umfragen mit 38 Prozent ihren Zenit. Die nationalkonservativen Fratelli d'Italia (FdI) von Giorgia Meloni lagen mit 7 Prozent ebenfalls auf einem Rekordhoch. Der Lega-Chef spekulierte darauf, im Wahlkampf 40 Prozent zu erreichen – genug, um mit den FdI eine rechte Koalition zu schließen. Salvini hätte damit auf Silvio Berlusconi als Steigbügelhalter verzichten können und den alten „Cavaliere“ im rechten Lager kaltgestellt.

Dieser Zug hatte nicht nur machtstrategische Aspekte. Berlusconis Forza Italia (FI) ist auf europäischer Ebene Teil der EVP. Sie ist europhil und hat Ursula von der Leyen mitgewählt. Es bestehen direkte Kontakte zur CDU – und damit Angela Merkel. Mehrmals hat der Medienmogul vorgeschlagen, eine „Große Koalition“ nach deutschem Vorbild zu schließen. Salvini war demnach klar: Seine Lega mußte so stark sein, daß sie ohne Berlusconi regieren konnte. Das deutete sich Anfang August an.

Zugleich war der Koalitionspartner von der Fünf-Sterne-Bewegung (M5S) in einer prekären Lage. Nach mehreren verlorenen Wahlen auf Regional- und Kommunalebene sowie dem enttäuschenden Abschneiden bei der EU-Wahl, sah sich Parteiführer Luigi Di Maio unter Druck. Die Sterne drohten in der Selbstzerfleischung zu enden. Zusätzlich überholte der sozialdemokratische Partito Democratico (PD) den gelben Erzrivalen in den Umfragen. Gegen den richtete sich die Rhetorik der Basislinken am meisten. Nachdem im linksregierten Bibbiano der Skandal um entführte und mißbrauchte Kinder explodierte, distanzierte sich Di Maio demonstrativ von den Sozialdemokraten: mit einer solchen Partei wollte er nichts zu tun haben. Für Salvini bedeutete das, der geschwächte M5S würde nicht mit der „Partei von Bibbiano“ liebäugeln.

Es kam bekanntlich anders. Hinter Salvinis Rücken mauschelten Sozialdemokraten und Basislinke, nachdem Di Maio sich verraten sah. Premierminister Giuseppe Conte kam dem Mißtrauensantrag mit einer großen Anti-Salvini-Rede und seinem Rücktritt zuvor. Die kleinen Parteien unterstützten plötzlich Conte, um den Sieg einer übermächtigen Lega bei Neuwahlen zu verhindern. Der Innenminister wurde nun selbst Opfer seiner herbeigeführten Regierungskrise. Hätte Salvini nicht den Koalitionsstecker ziehen dürfen? Kritiker werfen ihm vor, mit dem Innenministerium zugleich sein politisches Vermächtnis verspielt zu haben: Sicherheitsdekret und geschlossene Häfen stehen auf der Kippe.

Allerdings hätte ein späterer Austritt aus der Regierung Salvini eine langfristige Änderung italienischer Politik versperrt. An der Basis im Norden regte sich in den vergangenen Monaten Widerstand. Die wirtschaftsliberale Lega konnte sich nicht gegen den etatistischen M5S durchsetzen.

Das versprochene Projekt einer „Flat-Tax“ blieb unerfüllt, stattdessen kam das Grundeinkommen für „Faulenzer“, wie es in Lega-Verbänden hieß. Der Norden, der in einem Referendum mehr Autonomiekompetenzen gefordert hatte, wurde enttäuscht. In den beiden Parlamentskammern hat der M5S doppelt so viele Sitze wie die Lega. Ohne Mehrheit konnte Salvini nicht auf einen „echten“ Politikwechsel spekulieren. Als „Wahlbetrüger“ hätte Salvini sein Renommee eingebüßt, das er in der Migrationsfrage gewonnen hätte. Der Lega-Chef stand unter Zeitdruck. Er mußte handeln.

Kritikwürdig bleibt, wie Salvini das Regierungsende gestaltet hat: zu offensichtlich, zu überstürzt, ohne vorherige Kommunikation und ohne echte Analyse dessen, was sich im PD vollzog: nämlich die Rückkehr Matteo Renzis, der seinen Widerstand gegen die Sterne-Bewegung aufgab und sogar die Spaltung der PD-Fraktion in Kauf nahm, um an die Macht zurückzukehren. Der Koalitionsbruch als solcher ist Salvini dagegen nicht anzukreiden. Hätte er es nicht getan, so hätte die Lega ihre eigene Politik verraten müssen.

Salvini führt jetzt die größte Oppositionspartei Italiens an. Sollte die neue Regierung tatsächlich seine Reformen zurücknehmen, wird das die Italiener darin bestätigen, daß nur Salvini das Einwanderungs- und Asylproblem lösen kann. Dann kehrte Salvini nach der nächsten Wahl nicht als Innenminister zurück – sondern als Premier.

Schwarz-Grün kommt – mit oder ohne Neuwahl

Große Koalition: Die Zukunft des Bündnisses von CDU und SPD ist nach den schlechten Ergebnissen bei den Landtagswahlen ungewiß

Paul Rosen

Bis zu den jüngsten Wahlen gab es immerhin noch Rücktritte. Angela Merkel kündigte nach der hessischen Landtagswahl 2018 (CDU: minus 11,3 Prozentpunkte) ihren Rückzug vom CDU-Vorsitz an, ihre SPD-Kollegin Andrea Nahles ging nach der Europawahl 2019 (SPD:

minus 11,5 Prozentpunkte). Jetzt wurden die einstigen Volksparteien in Sachsen (CDU: minus 7,7 Prozentpunkte) und Brandenburg (SPD: minus 5,3 Prozentpunkte) wieder geschreddert. Und was sagen Politiker? Finanzminister Olaf Scholz (SPD) stellt fest: „An diesem Abend hat die SPD gezeigt, daß sie Wahlen gewinnen kann.“ Scholz, der SPD-Chef werden will, meinte nicht Sachsen, sondern Brandenburg, wo Ministerpräsident Woidke trotz starker Verluste (minus 5,7 Prozentpunkte) wohl im Amt bleiben kann. Und CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak empfindet Freude und Erleichterung – darüber, daß in Sachsen Ministerpräsident Michael Kretschmer trotz 7,3 Prozentpunkten Verlust vermutlich weiterregieren wird.

Diese Runde der selbsternannten Wahlsieger denkt natürlich nicht daran, irgendwelche Konsequenzen in Berlin zu ziehen. Die Devise lautet: Die AfD ignorieren und genug Truppen für Regierungsmehrheiten zusammenzubekommen. Noch frei von den üblichen Floskeln und Worthülsen machte CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer zu früher Morgenstunde im Fernsehen deutlich, daß man die wachsende Schar von AfD-Wählern auszugrenzen gedenkt. Auf die Frage, ob man ein Viertel der Wähler außen vor lassen könne, sagte sie wörtlich: „Ja, wir können.“

Die große Schrumpfkohalition soll weiter halten: „Anders als es viele vor den Wahlen im Osten vorausgesagt haben, wird die GroKo nicht in Chaostage stürzen“, sagt etwa der kommissarische SPD-Leiter Thorsten Schäfer-Gümbel voraus. Und von Scholz ist bekannt, daß er sich als Vizekanzler pudelwohl fühlt und das Amt genießt.

Die GroKo hat bereits einen informellen Partner

Doch was, wenn nicht Scholz SPD-Chef wird, sondern zum Beispiel der Kölner Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, der mit der ebenso linken Nina Scheer ein Kandidaten-Duo bildet? Darauf spekuliert zum Beispiel Friedrich Merz (CDU), der sich immer noch für den besseren CDU-Vorsitzenden als AKK hält – beziehungsweise für den besseren Bundeskanzler als Angela Merkel. Die Wahrscheinlichkeit sei immer noch groß, „daß die Koalition den Jahreswechsel nicht mehr erleben wird“, glaubt Merz. Eine Aussage von Lauterbach scheint dies zu bestätigen: „Die GroKo schadet mittlerweile allen außer der AfD.“ Das stimmt so nicht. Die Parteien der Großen Koalition werden zwar verzwert. Aber neben der AfD erwachsen die Grünen zu neuer Stärke, sind möglicherweise der wahre Gewinner der beiden Ost-Landtagswahlen und können ihren Einfluß auf Bundesebene erhöhen, falls sie in Potsdam und Dresden in die Landesregierungen kommen sollten.

Denn die Große Koalition hat heute schon einen informellen Partner: die Grünen. Faktisch alle Gesetzgebungsvorhaben werden vor der Abstimmung im Bundestag mit den Grünen abgestimmt. CDU und SPD nehmen Forderungen der Grünen auf, damit die Länder mit grüner Regierungsbeteiligung im Bundesrat zustimmen. Dieser Zwang zum Kompromiß läßt die CDU/CSU immer grüner ausschauen und hat die SPD die letzten Reste ihres Profils gekostet. Im Bundesrat braucht jedes Gesetz eine absolute Mehrheit. Enthaltungen zählen wie Neinstimmen. Da Koalitionsverträge in den Ländern Enthaltungen im Bundesrat bei Uneinigkeit der Koalitionspartner vorsehen, bringen die Grünen heute eine knappe Verhinderungsmehrheit von 37 der 69 Stimmen auf. Mit einer grünen Regierungsbeteiligung

in Sachsen würde diese Verhinderungsmehrheit auf 41 Stimmen anwachsen, mit Brandenburg auf 45 Stimmen. Dann braucht die Große Koalition nicht mehr zu versuchen, ein Bundesland mit grüner Regierungsbeteiligung aus der Ablehnungsfront herauszukaufen. Die Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung wären weitgehend erschöpft – und dies vor dem Hintergrund einer möglicherweise heraufziehenden Wirtschafts- und Finanzkrise.

In der Politik gibt es einen alten Grundsatz: Wenn die Probleme nicht gelöst werden, suchen sich die Probleme Lösungen. Der erodierenden SPD fehlt die Kraft, einer Regierung die Mehrheit zu beschaffen. Auch der Union gelingt das allein nicht mehr, was den Akteuren auch längst klar geworden ist. Sogar Bayerns Ministerpräsident Markus Söder bekommt immer grünere Anwandlungen, und der Vorstoß von Landesgruppenchef Alexander Dobrindt für eine Steuer für Billigfluggesellschaften war nichts anderes als ein Köder für die Grünen. Schwarz-Grün wird kommen, ob mit Neuwahlen oder ohne – und ob mit SPD oder ohne, ist längst belanglos geworden.

Die derzeit diskutierten Abgaben- und Steuererhöhungsorgien wie die neue Grundsteuer, die Vermögensteuer, Luftverkehrssteuern, SUV-Steuern, Digital- und Finanztransaktionssteuern lassen sich nur mit den Grünen bewerkstelligen. Deren Nanny-Charakter führt zu einer Politik, die den Leuten erst das Geld abknöpft, um es ihnen nachher zum Beispiel als Grundrente wieder zuzuteilen.

Es gab in der Bundesrepublik eine Partei, die sich gegen die Ausplünderung der Bürger stellte: die FDP. Sie ist zwischen Anti-AfD-Block und AfD zerrieben worden. In einer Zeit höchster Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland ist der Untergang der FDP das eigentliche Drama dieser Landtagswahlen.

Wer Leugner ist, bestimme ich

Meinungsmanipulation bei Wikipedia: Geht es um klimarelevante Beiträge, wacht ein grüner Vollzeit-Aktivist über die korrekte Schlagseite der Artikel

Hinrich Rohbohm

Von Albert Einstein stammt das Bonmot: „Wissen heißt wissen, wo es geschrieben steht.“ Eigentlich eine Binsenweisheit. Wer Näheres über einen Begriff, einen Sachverhalt oder etwa über eine Organisation in Erfahrung bringen möchte, der griff in Zeiten von Einstein zu einem entsprechenden Nachschlagewerk, einem Lexikon. Die Wahrscheinlichkeit war hoch, daß der Suchende fündig wurde. Er bekam eine Definition geliefert und wußte, daß sie von den Autoren des Nachschlagewerkes stammte und er sich auf dessen Ausgabe beziehen konnte.

Heute, im Zeitalter des Online-Lexikons Wikipedia, ist das eigentlich nicht anders. Die Wahrscheinlichkeit, beim gewünschten Begriff fündig zu werden, ist sogar noch höher, ihr Schlagwortregister gegenüber herkömmlichen Lexika weitaus umfassender. Doch nun ist es

zumeist eine Vielzahl gewöhnlich unbekannt und unentgeltlich agierender Autoren im Netz, die einen Begriff definieren.

Was sich bei Fragen nach dem höchsten Berg der Welt, der Hauptstadt von Nicaragua oder dem Geburtsdatum des amtierenden US-Präsidenten bei Wikipedia als nützlich erweist, wirft bei politisch umstrittenen Begriffen Zweifel auf. Denn jenseits klarer Fakten, bei ideologisch aufgeladenen Debatten, politisch umkämpften Fragen, bei denen es um die Deutungshoheit über Begriffe geht, wird Wikipedia schnell zur Propagandawaffe.

Eine Waffe, die offenbar besonders in der Klimapolitik zum Einsatz kommt. Wer auf der deutschen Wikipedia Begriffe wie „Energiewende“ oder „Klimaleugner“ aufruft, erhält eine zutiefst einseitige Definition, die weitestgehend mit den Forderungen und Vorstellungen ökologischer NGOs, der Partei der Grünen sowie der „Fridays for Future“-Bewegung (FFF) übereinstimmt.

So gilt dort schon das Anzweifeln und Infragestellen der Aussagen des sogenannten Weltklimarates (IPCC) als „Leugnung“. Denn laut Wikipedia-Eintrag gebe es seit Mitte der neunziger Jahre „keinen Grund mehr für eine echte wissenschaftliche Debatte über die Aussage, daß der Mensch das Klima verändert“ habe. Ähnlich absolute Gewißheiten enthalten auch die Einträge zur sogenannten Energiewende und zum Europäischen Institut für Klima und Energie (Eike).

Das Eike verkündet als Slogan auf seiner Internetseite: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit“. Ein Satz, mit dem man vor allem auf steigende Abgaben, auf zunehmende Verbote und Einschnitte in die Freiheitsrechte im Namen des Klimaschutzes aufmerksam machen möchte. Vor allem vertritt das Eike mit Sitz in Jena eine Gegenposition zur FFF-Bewegung und den Grünen, die stets betonen, daß ohne Verbote und Abgaben eine Klimakatastrophe nicht abgewendet werden könne.

Vielschreiber Andol verweist als Beleg auf eigene Quellen

Wer den Wikipedia-Eintrag über das Institut liest, dürfte schnell den Eindruck erhalten, daß es sich hier um einen sektenartig agierenden Verein von Fanatikern handeln müsse. „Von unabhängigen Stimmen aus Wissenschaft und Presse wird er als Zentrum der politisch aktiven und organisierten Klimaleugner-Szene in Deutschland beschrieben“, heißt es da. Der Verein täusche „Wissenschaftlichkeit“ vor und verbreite „gezielt Desinformationen“.

Eine Quelle für diese Behauptungen nennt der Artikel nicht. Hauptautor ist eine Person mit dem Pseudonym „Andol“. Ein Deckname, hinter dem sich der Aktivist Andreas Lieb aus dem unterfränkischen Großostheim verbirgt, wie die Schweizer Weltwoche jüngst herausgefunden hatte. Lieb ist nicht nur Wikipedia-Hauptautor über Eike. Ein Artikel, über den er mit Argusaugen wacht: Die letzte Änderung eines Autors am Text machte „Andol“ am Montag um 17.40 Uhr nach nur vier Minuten rückgängig. Andere Wikipedia-Artikel zu den Begriffen „Klimaleugner“, „Energiewende“ oder „Einspeisevergütung“ stammen fast ausschließlich von ihm. Der Artikel zu „Windenergie“ stammt immerhin zu 53,6 Prozent von ihm. Und nicht nur

das. Sogar die in den Artikeln von ihm angegebenen Quellen sind offenbar frisiert. Denn auch sie wurden fast ausschließlich von ihm selbst kreiert.

Eine Herkules-Aufgabe, die Zeit erfordert. Sehr viel Zeit. Die Weltwoche hatte herausgefunden, daß „Andol“ erstmals 2011 auf Wikipedia aktiv geworden ist. In einer Benutzer-Diskussion bezeichnet sich Andol selbst als einen von „mehreren langjährigen und erfahrenen Wikipedia-Autoren“. Seitdem habe er 180 eigene Artikel verfaßt, mehr als 20.000 Bearbeitungen an bestehenden Einträgen vorgenommen. Demnach logge er sich täglich um 13 Uhr bei Wikipedia ein, arbeite bis 17 Uhr, um nach einer Pause bis Mitternacht weiter aktiv zu sein. Nicht selten auch bis weit in die frühen Morgenstunden hinein, wie die Versionsgeschichten der Artikel zeigen.

Eine Vollzeit-Beschäftigung. Doch Wikipedia zahlt Autoren auf seiner Plattform kein Gehalt, die Arbeit ist freiwillig und unentgeltlich. Oder etwa doch nicht? Wer macht so etwas?

Einer von ihnen ist der britische Informatiker und Blogger William Conolley, der bis 2007 beim British Antarctic Survey als Klimamodellierer beschäftigt war und für die Grüne Partei dem Gemeinderat von Coton in der Nähe von Cambridge angehört hatte. Sein Agieren auf Wikipedia ähnelt verblüffend genau jenem von Andreas Lieb.

Conolley arbeitete auch für RealClimate, ein Weblog, das sich auf die „globale Erderwärmung“ spezialisiert hat. Die dort tätigen selbsternannten Klimaforscher sind keine Unbekannten. Zu ihnen gehört unter anderem Stefan Rahmstorf, einer der Leitautoren des 2007 veröffentlichten Vierten Sachstandsberichtes des Weltklimarates. Rahmstorf ist heute am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) tätig, das inzwischen zu Europas einflußreichsten Thinktanks zählt.

Langjähriger Leiter des PIK war der kürzlich in den Ruhestand verabschiedete Hans Joachim Schellnhuber. Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich hatte ihn zum Chefberater der Bundesregierung in Klimafragen ernannt. Doch Schellnhuber berät mit seinem Institut nicht nur die Bundeskanzlerin. Auch die EU-Kommission sowie Papst Franziskus hören auf seinen Rat.

Umtriebige Engagement in umweltrelevanten Bereichen

Wie Schellnhuber beriet auch Rahmstorf die Bundesregierung. Von 2004 bis 2013 gehörte er wie Schellnhuber dem „Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) an. Beim RealClimate-Blog gehört er zu den Mitgründern. Ein Blog, der inzwischen mit Meriten überhäuft wurde. Das Time Magazine zählte es zu den 15 besten Umweltseiten, die Fachzeitschrift Nature erhob es zu den Top 5 der Wissenschaftsblogs.

Ein Blog, der sich rühmt, vollkommen unentgeltlich zu arbeiten. Als Provider von dessen Internetauftritt tritt jedoch die Nichtregierungsorganisation Environmental Media Services (EMS) auf. Gegründet wurde EMS von dem ehemaligen Journalisten Arlie Schardt. Im Jahre 2000 fungierte Schardt noch als Kommunikationschef für Al Gores Präsidentschaftskampagne.

EMS hat sich auf die Koordinierung der Medienaktivitäten von Umweltgruppen spezialisiert, sorgt damit für deren Professionalität.

Hinter EMS wiederum verbirgt sich eine Abteilung der PR-Agentur Fenton Communications in den USA. Die Agentur hat sich auf die Betreuung von Nichtregierungsorganisationen spezialisiert. Zu ihren größten Auftraggebern zählen Greenpeace sowie die amerikanische MoveOn-Bewegung, die in den USA linke Politiker unterstützt. Das dem Washingtoner Hudson Institute angehörende Center for Global Food Issues hatte der Agentur unter anderem Panikmache im Interesse der Ziele ihrer Öko-Klienten vorgeworfen. Jene Panik, die beispielsweise „Fridays for Future“ benötigt, um junge idealistische Klimaretter auf die Straßen zu bringen.

Der Agentur-Gründer David Fenton entstammt in den USA der linksradikalen Szene der spätechziger Jahre, wirkte in der linken Untergrund-Presse, bei den Anti-Vietnam-Kriegsprotesten sowie bei der Anti-Atomkraft-Bewegung. 2009 wurde seine Agentur von der Wikimedia Foundation im Rahmen eines 250.000-Dollar-Projektes damit beauftragt, Image und Glaubwürdigkeit der im Besitz der Foundation befindlichen Wikipedia-Enzyklopädie zu erhöhen. War William Conolley möglicherweise ein Schreiberling, der von der Fenton-Agentur finanziert wurde?

Wie Andreas Lieb agierte er wie in einer Vollzeitstelle, wie Lieb engagierte er sich für die Grünen, betrieb wie er auf Wikipedia massive Meinungsmanipulationen bei klimabezogenen Artikeln. Manipulationen, die Conolley offenbar so weit auf die Spitze getrieben hatte, daß ihm seine Administrator-Funktion bei Wikipedia entzogen wurde.

Ist Andreas Lieb sein deutsches Pendant? Anwohner in Großostheim beschreiben ihn als etwas introvertiert, aus einem bürgerlichen Umfeld stammend. Seine Eltern gelten in dem 16.000 Einwohner zählenden Ort als fest verankert. Er selbst lebt im Ortsteil Pflaumheim und engagiert sich im Vorstand der Bürgerenergie Bachgau für regenerative Energien, einer Energiegenossenschaft, wie es sie im Freistaat Hunderte gibt. Im März 2013 war der damalige Student unter den Mitgründern der Bürgerenergie Bachgau und wurde in den Aufsichtsrat gewählt. Deren Ziel: der grüne Umbau der örtlichen Energieversorgung. Bei der Hauptversammlung im Mai 2016 rückte er in den Vorstand der Genossenschaft auf. Die Neuwahlen des Genossenschaftsvorstands Mitte Mai 2019 bestätigten ihn im Amt.

Für die Junge Liste Bachgau (JLB) bewarb Lieb sich im März 2014 um einen Sitz im Gemeinderat – mit nur 695 Stimmen allerdings erfolglos und weit abgeschlagen. Zusammen mit der Jungen Liste, dem Grünen-Kreisverband Aschaffenburg sowie dem BUND organisierte er im Dezember 2018 eine Klimademonstration, bei der er als Redner auftrat.

Dieselbe Junge Liste wünschte der Genossenschaft zu deren Gründung „viel Erfolg“. Sie stünde „fest“ hinter deren Zielen und werde sie „tatkräftig unterstützen“. Gratuliert Andreas Lieb sich demnach mittelbar selbst? Wie „Andol“ bei Wikipedia sich selbst zitiert?

Der BUND und die Grüne Jugend fungieren übrigens auch als Hauptakteure von „Fridays for Future“. Jener Bewegung, bei der ebenfalls der Verdacht im Raum steht, sie werde von der dem Club of Rome nahestehenden Nichtregierungsorganisation Plant for the Planet-Foundation finanziert (JF 20/19).

Lesen Sie in der kommenden Ausgabe den zweiten Teil der Reportage, in der es um die Hintermänner von Deutschlands führenden Klima-Aktivisten geht.